

## Deportationen der Russlanddeutschen 1941-1945 und die Folgen

### 1. Propagandistische Instrumentalisierung der Wolgadeutschen zu Beginn des Krieges

In den ersten Kriegswochen nach dem Angriff Deutschlands auf die UdSSR glaubte die sowjetische Führung, die feindliche Seite mit klassenkämpferischen Aufrufen ideologisch beeinflussen zu können. In ihren Ansprachen anlässlich des ausgebrochenen Krieges bemühten sich Molotow und Stalin um ein differenziertes Bild der deutschen Bevölkerung im Reich und ließen sich von der Hoffnung der proletarischen Solidarität leiten. Sichtbar geht dies aus der Rundfunkrede Molotows vom 22. Juni 1941 hervor: „Dieser Krieg ist uns nicht von dem deutschen (*germanskij*) Volk, nicht von den deutschen (*germanskimi*) Arbeitern, Bauern und Intellektuellen aufgezwungen worden, deren Leiden wir sehr gut verstehen, sondern von der Clique der blutrünstigen faschistischen Machthaber Deutschlands...“<sup>1</sup> Auch Stalin legte vorläufig Wert auf eine ausgewogene Sicht des Kriegsgeschehens, obwohl er schon in seiner Ansprache vom 3. Juli den ausgebrochenen Krieg mit dem Zusatz „vaterländisch“ versah: „In diesem großen Krieg werden wir treue Verbündete in den Völkern Europas und Amerikas haben, darunter auch im deutschen (*germanskij*) Volk, das von den faschistischen Machhabern versklavt ist.“<sup>2</sup> In einem derartigen noch gültigen internationalistischen Propagandaszenario sollte die

deutsche Bevölkerung in der Sowjetunion eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Unzählige antifaschistische Versammlungen fanden in den ersten Kriegswochen in der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen (ASSRdWD) statt, an denen fast die ganze erwachsene deutsche Bevölkerung teilnahm. Dort wurden Aufrufe an Wehrmachtssoldaten verschiedener Waffengattungen, an Arbeiter, Bauern und andere „werkstätige“ Schichten im Land des Aggressors verabschiedet. Diese Appelle gingen sofort an die Parteiführung nach Moskau, wurden in den sowjetischen Zeitungen gedruckt und in Flugblättern und Radiosendungen propagandistisch gegen Deutschland eingesetzt. Mehrseitige Appelle an die „Soldaten, Bauern, Arbeiter und Intelligenz Deutschlands“ verlasen am 13. bzw. 14. Juli 1941 der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Wolgarepublik, Alexander Heckmann, und der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der Wolgadeutschen Republik, Konrad Hoffmann. Das wolgadeutsche „Staatsoberhaupt“ sagte unter anderem:

*„Mit dem Gefühl der größten Besorgnis denken wir an Euch, die unter dem Joch der Hitlerbande, dieser armseligen Missgeburten und abscheulichen Mörder, leiden... Seit mehr als acht Jahren martern Hitler und seine ganze menschenfressende Meute Deutschlands Arbeiter, Bauern und Intelligenz... Der Faschismus will die freien Völker der Sowjetunion in die Knechtschaft der Gutsherren und Kapitalisten treiben.“*

*Dies wird nie geschehen... Dank der Sowjetmacht haben die Wolgadeutschen das volle Recht auf Arbeit, Bildung, Erholung, umfassende kulturelle Entwicklung und auf ein glückliches und wohlhabendes Leben erhalten... Aus diesem Grunde sind sie rückhaltlos der Freundschaft der Völker des Sowjetlandes treu sowie ihrem geliebten Führer, Lehrer, Vater und Freund, dem Genossen Stalin, grenzenlos ergeben. Soldaten, Arbeiter, Bauern und Intelligenz Deutschlands! Wendet Eure Waffen gegen Euren Erzfeind Hitler und seine blutrünstige Henkerbande...!*<sup>3</sup>

Ähnliche Informationen und Artikel erschienen in den Monaten Juli und August 1941 in mehreren sowjetischen Zentralzeitungen.<sup>4</sup> Das Beispiel dieses ersten deutschen sozialistischen Staatsgebildes mit seinen glücklichen und gleichberechtigten Einwohnern und wahren Patrioten ihrer sowjetischen Heimat sollte die heranrückenden Wehrmachtssoldaten und Deutschlands „arbeitende Massen“ beeindrucken. Ins-

gesamt sollten diese Appelle unmissverständlich signalisieren, dass zwischen den Faschisten, d.h. dem Feind einerseits und dem einfachen werktätigen Deutschen andererseits, egal in welchem Land er wohnhaft war, konsequent unterschieden wurde und dass die internationale Solidarität der arbeitenden Menschen weiterleben sollte.

Diese Feststellung schien vorläufig der sowjetischen Führung wichtig zu sein und wurde auch so von den Medien übernommen. Bezeichnend war die Geschichte von Heinrich Hoffmann aus dem Dorf Rosental in der Wolgadeutschen Republik, der sogar vorübergehend ins Martyrologium der sowjetischen Heroen aufgenommen wurde. Zunächst berichtete die Armeezeitung „Bowej natisk“ am 5. August 1941 über seinen Heldentod. Einige Wochen später, am 24. August, erschien in der Zentralzeitung des Kommunistischen Jugendverbandes „Komsomolskaja Prawda“ ein Foto von Hoffmanns blutbeflecktem Mitgliedsbuch mit der Beschreibung seines heroischen Kampfes gegen den Feind. Weiter folgte

<p>die Verpflegung vor der Befreiung nicht braucht sich leiten zu fürchten.“</p> <p>Das ist auch selbstverständlich. Denn in der Sowjetunion sind die Kriegsgefangenen glücklich geschützt. Das Gesetz verbietet, sie zu beleidigen, zu erniedrigen. Den Kriegsgefangenen wird sogar gestattet, Uniform und Abzeichen zu tragen.</p> <p><u>Deutscher Kamerad! Glaub nicht den Lügnern, die von den „Greuelkaren“ der Nazien erzählen. Komm zu uns! Das ist der Weg, dein Leben zu retten. Das deutsche Volk vor den Schrecken unendlicher Kriege, vor Hunger und Blut zu retten.</u></p>	<h2 style="margin: 0;">Stürzt den Faschismus! Tod dem Hitler!</h2> <h3 style="margin: 0;">Aufruf der Sowjeteutschen an das deutsche Bauerntum</h3> <p>Die Bauern des Dorfes Schwed, des Krasnojarsker Kantons der Republik der Wolgadeutschen haben sich mit einem Aufruf an die deutschen Bauern gewandt.</p> <p>In ihrem Aufruf schreiben die Bauern-Deutschen.</p> <p>„Wir Bauern der Republik der Wolgadeutschen haben uns ein frohes und wohlhabendes Leben geschaffen. Wir kennen keine faschistische Steuerschraube, keine Ver-</p>	<p>steigerung der Bauernhöfe, keine Not. Der Boden (6125 ha), den die Kollektivwirtschaften des Dorfes Schwed innehaben, wurde ihnen zu unentgeltlicher und unbefristeter Nutzung, das heißt für ewig, urkundlich von der Sowjetregierung anerkannt.</p> <p>Der räuberische Krieg, den Hitler angestiftet hatte, brachte Hunderttausende deutsche Bauern ums Leben. Jetzt jagt der wahnsinnig gewordene Faschismus neue Millionen deutsche Bauern in den Krieg gegen Sowjetrußland. Alle Völker Sowjetrußlands, darunter auch wir, die Deutschen der Wolgarepublik, haben uns zur Verteidigung unserer Heimat, unseres Lebens, unserer Freiheit erhoben. Wir folgen dem Aufruf des Genossen Stalin und schlagen den Faschismus nicht nur an der Front, sondern auch durch selbstlose Arbeit im Hinterland.</p>	<p>Wir fordern Euch, deutsche Bauern, auf, den Faschismus, diesen ärgsten Feind der Menschheit, zu vernichten. Hitler zwang Euch die Waffen auf. Kehrt die Waffen gegen die faschistischen Unterdrücker, die Deutschland versklavten und den Bauern dem Tod preisgeben. Geht auf die Seite der sowjetischen Truppen über, wie es die besten von Euch getan haben.</p> <p><u>Stürzt den Faschismus!</u></p> <p><u>Erkämpft Euch ein frohes und wohlhabendes Leben!</u></p> <p><u>Tod dem Hitler!</u></p> <p>Es folgen Unterschriften:</p> <p>Heinrich Hart, Hedwig Belmer, Dorothee Degraf, Elena Baumgärtner, Sophie Zwinger, Katharine Horre, Christina Huber, Alexander Günter, Sophie Degraf, Johannes Erich und viele andere.</p>
<p><b>Passierschein</b></p> <p>Zum Übergang auf die Seite der Roten Armee</p> <p>Bewahre ihn auf, er wird dein Leben retten.</p>	<p><b>ПРОПУСК</b></p> <p>для перехода на сторону Красной Армии.</p> <p>Сохрани его, он спасет тебе жизнь.</p>		

„Stürzt den Faschismus! Tod dem Hitler!“ - Aufruf der Bauern aus dem wolgadeutschen Dorf Schwed in der Propagandazeitung „Wahrheit“ vom 17. Juli 1941, die für Wehrmachtssoldaten bestimmt war.

eine schauerliche Schilderung der faschistischen Bestialitäten:

*„Schwer verwundet, war Heinrich in Gefangenschaft der faschistischen Henker geraten. Die Barbaren folterten den jungen Patrioten, aber keinerlei Foltern konnten seinen Geist brechen. Die entmenschten Faschisten hackten ihm die Arme ab, stachen ihm die Augen aus, schnitten ihm die Zunge ab. Mit einem Bajonett durchbohrten sie ihm die Brust, und das Komsomolmitgliedsbuch, das er an der Brust trug, war von Heinrichs Blut gerötet. Neben der Leiche Hoffmanns legten die zweibeinigen Tiere, die Hitlerschufte, aus Teilen des menschlichen Körpers einen fünfzackigen Stern...“<sup>5</sup>*

Als Sowjetdeutscher, der unerschrocken gegen die faschistischen „Blutsbrüder“ kämpfte und für die Partei und Stalin sein Leben opferte, schien Hoffmann zunächst noch geeignet, das Sinnbild des sowjetischen Patriotismus zu verkörpern. Auf seinen Namen begannen Soldaten bereits Rache zu schwören; aber die kurz danach begonnene Deportation der deutschen Bevölkerung der UdSSR ließ ihn in Vergessenheit geraten. Deshalb wurde dieser Wolgadeutsche nicht in den sowjetischen Heldenkanon mit solchen Namen wie Zoja Kosmodemjanskaja, Aleksandr Matrosow oder Musa Dshalil aufgenommen, obwohl sein Fall dem üblichen Muster der Heroenbildung ähnelte.

## **2. Vorgeschichte und Umstände der Deportation**

Gleichzeitig lässt sich seit Anfang des Krieges eine andere, wenn auch vorerst verdeckte Politik gegenüber den deutschen Sowjetbürgern beobachten. Praktisch seit

dem Oktoberumsturz 1917 betrachteten die bolschewistischen Machthaber die deutsche Minderheit als „unsichere Kantonisten“. Die Spionagehysterie der 1930er Jahre ließ in jedem Deutschen einen potentiellen Agenten der Gestapo oder der Abwehr vermuten. Vor allem die Deutschen in der Ukraine litten stark durch Enteignungen, Hungersnot und verschiedenartige Repressionen der zwanziger und dreißiger Jahre.<sup>6</sup> Auch andere Gruppen der Minderheit sahen sich mit grundlosen Vorwürfen und Beschuldigungen konfrontiert.<sup>7</sup> Nach dem Angriff Hitler-Deutschlands am 22. Juni 1941 nahm die Angst vor Spionage und feindlichen Fallschirmjägern regelrecht hysterische Züge an und ließ Russlanddeutsche leicht in den Verdacht geraten, Agenten der Gestapo oder der Abwehr zu sein. Nicht einmal die kommunistischen und antifaschistischen Emigranten blieben von Verdächtigungen und Repressalien ausgenommen.<sup>8</sup> Dadurch kam es in den ersten Kriegswochen zu zahlreichen Verhaftungen: Allein in den ukrainischen Gebieten Saporoshje, Stalino und Woroschilowgrad arretierte das NKWD in wenigen Tagen vor der Deportation, zwischen dem 2. und 5. September, 7.091 Deutsche.<sup>9</sup>

In den Berichten der Ersten Verwaltung des NKWD über die Lage in den besetzten Gebieten, die das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der WKP(b) für Propagandafragen, Alexander Schtscherbakow, und die Abteilung für Propaganda und Agitation des ZK der WKP(b) erhielten, tauchten regelmäßig Beispiele der Zusammenarbeit mit den Besatzern unter den Schwarzmeerdeutschen auf.<sup>10</sup> Die Voreingenommenheit der Berichtersteller zeigte sich darin, dass die Zusammenarbeit von Russen oder Ukrainern mit den Besatzern durch ihre soziale, berufliche oder klassenspezifische

Position begründet oder als Ergebnis der Verwirrungs- und Provokationsmaßnahmen des Gegners erklärt wurde, während für die ortsansässigen Deutschen ihre Volkszugehörigkeit als ausschließliche Ursache für eine Kollaboration galt.

Nach dem Scheitern anfänglicher Versuche, den anrückenden Gegner mit klassenkämpferischen Parolen der internationalen Solidarität der Arbeiter und Bauern zu beeinflussen, überschritt die offizielle Propaganda rasch die Schwelle zu ungehemmten Hass- und Gräueltiraden. „Deutscher“ und „Faschist“ galten so immer mehr als Synonyme, was für die Russlanddeutschen fatale Folgen haben sollte.<sup>11</sup> Dieser Kehrtwendung stand die ASSR der Wolgadeutschen mit ihren, wenn auch formalen, konstitutionellen Rechten, mit Abgeordneten in den Obersten Sowjets der UdSSR und der Russischen Föderation, mit Mitarbeitern in den Staats- und Parteiapparaten im Wege. Für den totalen Propagandakrieg mit seiner Charakterisierung der Deutschen als „zweibeinige Tiere“, „Menschenfresser“ und „tollwütige Hunde“ stellte die Existenz einer anerkannten „sowjet“deutschen Minderheit mit verbrieften Autonomierechten gewiss ein Hindernis dar.

Gleichzeitig versuchte die sowjetische Militärführung, ähnlich wie im Ersten Weltkrieg, ihr anfängliches Versagen u.a. durch den Hinweis auf „verräterische“ Aktivitäten der deutschen Bevölkerung in den frontnahen Gebieten zu erklären, sie pauschal als illoyale Bürger zu denunzieren und ihre Ausweisung einzufordern.<sup>12</sup> Auf Anweisungen der Armeeführung verschiedener Frontabschnitte wurde die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten Odessa, Charkow und Leningrad bereits in den Sommermonaten eingeleitet. Aufgrund des Befehls des Kriegsrates der Südfront

und der Anweisung des Rates für Evakuierungsangelegenheiten Nr. 75s begann schon ab dem 15. August, höchst unorganisiert und in größter Eile, die Aussiedlung der etwa 53.000 Krimdeutschen, vorerst in den nordkaukasischen Raum, die verschleiern noch als „Evakuierung“ bezeichnet wurde.<sup>13</sup>

Als Beispiel solcher Anweisungen kann man folgende Gefechtsmeldung des Kriegsrats der Südfront anführen, die am 3. August 1941 im Hauptquartier des Oberkommandos der sowjetischen Streitkräfte eintraf:

*„1. Die Kriegshandlungen am Dnjestr haben gezeigt, dass die deutsche Bevölkerung auf unsere zurückweichenden Truppen aus Fenstern und Gärten schoss. Es wurde ferner festgestellt, dass die einmarschierenden deutschen Truppen am 1. August in einem deutschen Dorf mit Brot und Salz begrüßt wurden. Auf dem Territorium der Front gibt es eine Vielzahl von Siedlungen mit deutscher Bevölkerung.*

*2. Wir bitten, den örtlichen Machtorganen Anweisungen über die unverzügliche Aussiedlung der unzuverlässigen Elemente zu geben.“<sup>14</sup>*

Den unmittelbaren Anlass zur Auflösung der Autonomen Republik der Wolgadeutschen und zur Einleitung der totalen Deportation der deutschen Minderheit gab wohl ein Brief der Politbüromitglieder Shdanow, Molotow und Malenkov an Stalin vom 24. August 1941, in dem sie ihn über den vereinbarten Beschluss informierten, die Aussiedlung von 88.700 Finnen und 6.700 Deutschen aus dem Gebiet Leningrad unverzüglich einzuleiten.<sup>15</sup> Darauf deutete der Umstand, dass das erwähnte Telegramm vom 3. August 1941 Stalins Vermerk „*Towarischtschu Berija. Nado wyse-*

*lit s treskom!* – Dem Genossen Berija. Raus mit Ihnen, dass die Türen knallen!“ trägt, datiert vom 25. August. An gleichem Tag setzte man den Volkskommissar für Innere Angelegenheiten, Lawrentij Berija, davon in Kenntnis. Drei Wochen lang lag diese Gefechtsmeldung auf Stalins Tisch, bevor er den passenden Zeitpunkt kommen sah und mit einem wohlkalkulierten Wutausbruch („Raus mit ihnen...“) die Verbannung der als illoyal empfundenen „heimischen“ Deutschen einleitete. Bezeichnenderweise betraf diese Anweisung vorerst nicht die beschuldigten Schwarzmeer-, sondern die weit von der Frontlinie entfernt gelegenen und noch „unverdächtigen“ Wolgadeutschen. Das kann nur mit der Absicht erklärt werden, die angebliche Illoyalität der Deutschen für die Liquidation der autonomen Republik und somit zur Eliminierung des „deutschen“ Faktors in der Innenpolitik des Landes zu nutzen.

Noch am 25. August legte Berija den Entwurf<sup>16</sup> für einen Beschluss über die Umsiedlung der Deutschen aus dem Wolgagebiet vor, der in der Politbürositzung vom 26. August von Stalin und anderen Mitgliedern bestätigt wurde. In diesem streng geheimen Beschluss, der nun als Entscheidung des ZK der WKP(b) und der Regierung fungierte und sich nur an einen engeren Kreis der Partei- und Staatsführung richtete, fehlten jegliche Schuldzuweisungen. Die aus insgesamt 19 Artikeln bestehende Direktive - in betont sachlicher Lesart verfasst - vermittelt den Eindruck einer Anweisung zur planmäßigen Übersiedlung. Das ganze Vorhaben wurde dem NKWD anvertraut.<sup>17</sup> Einen Tag später erließ das Innenministerium, zuständig für solche „Menschen-transfers“, zwei wichtige Anordnungen. Es handelte sich zum einen um den Befehl Nr. 001158 „Über Maßnahmen zur Durch-

führung der Operation zur Umsiedlung der Deutschen aus der Wolgadeutschen Republik, aus den Gebieten Saratow und Stalingrad“.<sup>18</sup> Die Deportation sollte am 2. September beginnen und bis zum 20. September abgeschlossen sein. Das zweite Dokument hieß „Instruktion zur Durchführung der Umsiedlung der Deutschen, die in der ASSR der Wolgadeutschen, in den Gebieten Saratow und Stalingrad ansässig sind“.<sup>19</sup> Die ersten Zeilen dieser Handlungsanweisung ließen an dem totalen Charakter dieser Maßnahme keinen Zweifel: „Überzusiedeln sind alle Einwohner deutscher Nationalität, die in den Städten und ländlichen Siedlungen der ASSR der Wolgadeutschen, der Gebiete Saratow und Stalingrad leben. Mitglieder der WKP(b) und des kommunistischen Jugendverbands Komsomol sind gleichzeitig mit den anderen umzusiedeln.“ Den Familienmitgliedern von Militärangehörigen der Roten Armee versprach man „in den Ansiedlungsorten eine Vorzugsbehandlung, vor allem bei der wirtschaftlichen Einrichtung und der Unterbringung“. Einzig Frauen, deren Ehemänner nicht Deutsche waren, blieben von der Verbannung verschont.

Da es sich um die Auflösung einer in der Unionsverfassung erwähnten autonomen Republik handelte, ließ das Politbüro am 28. August 1941 die „oberste Staatsgewalt“, d.h. das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR, einen mit fadenscheinigen Kollaborationsvorwürfen bestückten Erlass „Über die Umsiedlung der Deutschen, die in den Wolga-Rayons leben“ verabschieden. Er wurde von dem nominellen Staatsoberhaupt Michail Kalinin unterschrieben und sollte der ganzen Operation eine wie auch immer geartete legale Basis verschaffen. Im Gegensatz zu dem „intern“ verfassten Regierungs- und Parteibeschluss

wurde im offiziellen Ukas die schwerwiegende Anklage des Vorhandenseins von „Tausenden und Zehntausenden Diversanten und Spionen“ unter den Deutschen erhoben, wodurch diese zu Feinden des Sowjetstaates erklärt wurden. Er erschien nur in den „Nachrichten des Obersten Sowjets der UdSSR“ und in der lokalen Presse.<sup>20</sup> Nach der Vorlage eines weiteren Politbüro-Beschlusses vom 6. September verordnete das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR einen Tag später in einem zusätzlichen Ukas die Aufteilung des Territoriums der Wolgadeutschen Republik und die Angliederung von 15 Kantonen an das Gebiet Saratow und der restlichen sieben an das Gebiet Stalingrad.<sup>21</sup>

Der August-Erlass bezog sich ausschließlich auf die deutschen Einwohner in der Wolgarepublik, in den Gebieten Saratow und Stalingrad. Von der Deportation waren laut offiziellen Angaben entsprechend 371.164, 46.706 und 26.245 Personen betroffen. Unlängst hat Arkadi German, Professor an der Saratower Universität, die Zahl der Deportierten aus der ASSRdWD mit 365.764 Menschen am genauesten errechnet.<sup>22</sup> Mehr als 80% der Wolgadeutschen wurden in sibirischen Gebieten und Regionen angesiedelt, der Rest verteilte sich auf die Gebiete Kustanaj, Pawlodar, Nordkasachstan und Akmolinsk in Kasachstan.

Die Verbannung der anderen Gruppen der deutschen Bevölkerung, die keinen „Autonomiestatus“ besaßen, so z.B. aus der Ukraine, dem Trans- bzw. Nordkaukasus, aus Großstädten wie Moskau oder Gorkij erfolgte in den darauf folgenden Wochen und Monaten auf geheime Beschlüsse des Politbüros der WKP(b) und des Staatlichen Verteidigungskomitees GKO,<sup>23</sup> auf Befehle des NKWD und der Kriegsräte einzelner Armeefronten. In einigen Fällen fasste der

Rat der Volkskommissare der UdSSR bzw. der jeweiligen Unionsrepublik die Anordnung über die Ausweisung (siehe Tabelle nächste Seite).<sup>24</sup>

Die ganze „deutsche Operation“ verlief unter Ausschluss von Presse und Öffentlichkeit und war bis Ende des Jahres 1941 im Wesentlichen abgeschlossen. Bis dahin wurden nach offiziellen Angaben 794.059 Personen aus dem europäischen Teil der Sowjetunion nach Kasachstan und Sibirien „umgesiedelt“. Diese Zahl ist unvollständig, weil hier die zahlreichen Verhafteten, von der Front abberufene Soldaten und Offiziere sowie auf Befehle der Militärführung ausgewiesene Personen nicht berücksichtigt sind. Zum 1. Januar 1942 zählte man alles in allem in den Regionen Altaj und Krasnojarsk 99.000 bzw. 77.359 und in den Gebieten Nowosibirsk und Omsk 138.303 bzw. 85.827 zwangsausgesiedelte Deutsche.<sup>25</sup> Bis zum Kriegsende wurden aus dem europäischen Teil des Landes weitere ca. 50.000 deutsche Sowjetbürger nach Osten abgeschoben.<sup>26</sup>

Nach der Ankunft in Sibirien gab es indes nicht für alle ein lang ersehntes Ende der beschwerlichen Reise: Am 6. Januar 1942 fassten das ZK der WKP(b) und die Regierung den gemeinsamen Beschluss „Über die Förderung des Fischfangs in den Einzugsgebieten der Flüsse Sibiriens und im Fernen Osten“. Bis zum 15. September 1942 wurden deswegen allein in den nördlichen Bezirk Narym 15.503 Sondersiedler weiterdeportiert.<sup>27</sup>

Auch Deutsche, die z.T. seit Generationen in östlichen Gebieten der Sowjetunion lebten und deren Massendeportation nicht vorgesehen war, mussten Ausweisungen über sich ergehen lassen. So beschloss das ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans am 16. Oktober 1941 die Aussiedlung

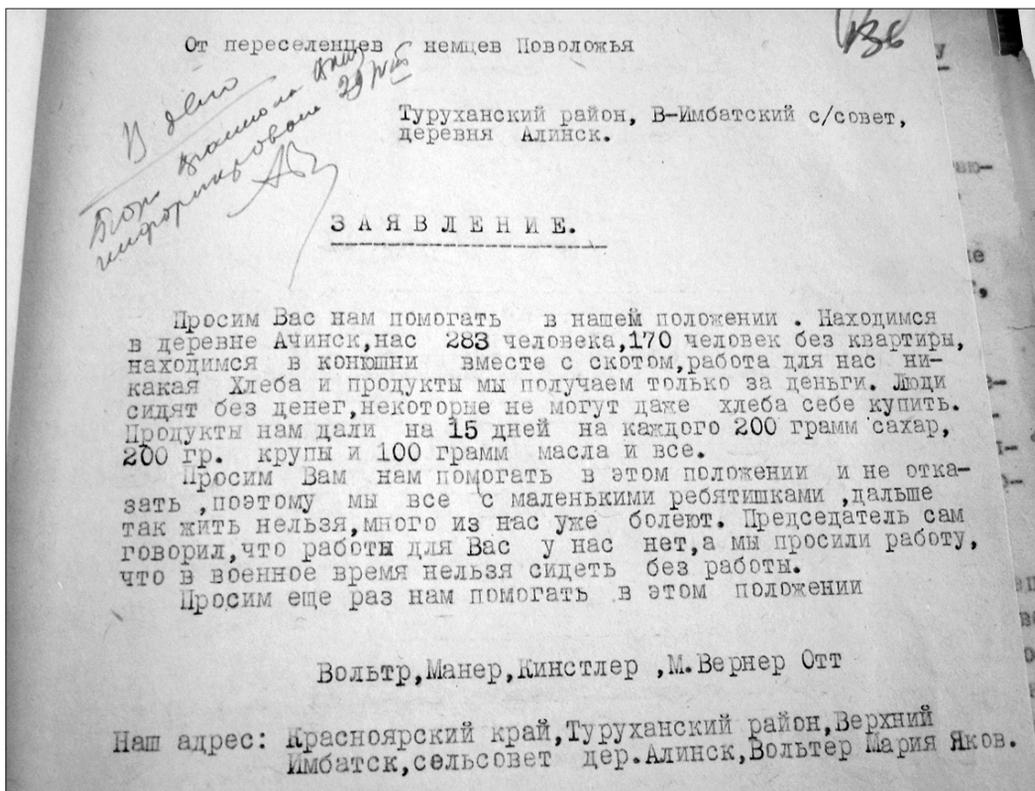
Territorien, aus denen deportiert wurde		Beschlussvorlage	Zum 1.1.1942 umgesiedelt	Ansiedlungsgebiete
RSFSR insgesamt, davon Gebiet/Region/ASSR:			<b>666.818</b>	
	ASSRdWD	Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 28. August 1941	365.764	Altaj, Nowosibirsk, Krasnojarsk, Omsk, Nordgebiete der Kasachischen SSR
	Saratow		46.706	
	Stalingrad		26.245	
	Moskau	Beschluss des GKO Nr. 636ss vom 6. September 1941	8.640	Karaganda, Kzyl-Orda
	Rostow		38.742	Nowosibirsk, Altaj, Kasachische SSR
	Tula	Beschluss des GKO Nr. 698ss vom 21. September 1941	2.702	Kasachische SSR
	Krasnodar		37.733	
	Ordshonikidze		99.990	
	Kabardino-Balkarien		5.803	
	Nord-Ossetien		2.415	
	Dagestan und Tsche-tscheno-Inguschetien	Beschluss des GKO Nr. 827ss vom 22. Okt. 1941	7.306	Akmolinsk, Pawlodar
	Krim, Stadt Simferopol	unbekannt	1.900	Kasachische SSR
	Gorki	Befehl des NKWD Nr. 1507 vom 15. Oktober 1941	3.162	Omsk
	Kalmückien	Verordnung des SNK Nr. 84 vom 2. November 1941	5.843	Akmolinsk
	Woronesh	Beschluss des GKO Nr. 743ss vom 8. Oktober 1941	5.125	Nowosibirsk
	Kujbyschew	Verordnung des SNK Nr. 280 v. 21. November 1941	8.782	Karaganda, Nordkasachstan
Ukrainische SSR, davon Gebiete:			<b>82.983</b>	
	Saporoshje	Beschluss des GKO Nr. 702ss vom 22. September 1941	31.320	Nowosibirsk, Kasachische SSR
	Woroschilowgrad		12.488	
	Stalino		35.925	
	Dnjepropetrowsk (Stadt)	Befehl des Kriegsrates der Süd-Westlichen Front Nr. 196 vom 26. August 1941	3.250	Aktjubinsk
Georgische SSR		Beschluss des GKO Nr. 744ss vom 8. Oktober 1941	20.423	Kasachische SSR
Azerbajdshanische SSR			23.593	
Armenische SSR			212	
<b>Insgesamt</b>			<b>794.069</b>	

der Deutschen aus den Gebietszentren der Republik.<sup>28</sup> Ende dieses Monats begannen die Erfassung, das Zusammentreiben und schließlich die Verbannung der Russlanddeutschen aus den Gebietszentren und Industriezonen in die ländlichen Siedlungen der Gebiete Molotow/Perm, Tscheljabinsk, Swerdlowsk und Tschkalow/Orenburg im Ural,<sup>29</sup> im November d.J. bzw. im Januar 1942 folgten Zwangsaussiedlungen aus den Grenzregionen des Gebiets Tschita (Ferner Osten)<sup>30</sup> und aus den Großstädten der Unionsrepublik Usbekistan; betroffen waren hier vor allem die Einwohner der Hauptstadt Taschkent und der Gebietszentren.<sup>31</sup> Man kommt in diesem Zusammenhang nicht umhin, die Rolle Stalins im Schicksal der Russlanddeutschen genauer zu definieren. Die Frage, ob Stalin ein Deutschenhasser, Antisemit oder Tschetschenophobe war, ist müßig. Sein ganzes politisches Handeln war von skrupellosen Nützlichkeitsabwägungen bestimmt. Was gestern noch heilig war, konnte heute ohne große Umschweife verdammt werden und umgekehrt. In den Jahren des Bürgerkriegs erwies sich der Siedlungsraum der Wolgadeutschen für die Bolschewiki als eine lebenswichtige Region, in der Getreide beschafft werden konnte. Als Volkskommissar für nationale Fragen nahm Stalin 1918 maßgeblich an der Gründung des autonomen Gebiets der Wolgadeutschen teil. In der Sitzung des Politbüros am 13. Dezember 1923 unterstützte er die Aufwertung des Gebiets zu einer Autonomen Republik, weil u.a. die Hoffnung auf die proletarische Revolution in Deutschland weiterhin aktuell blieb. Noch 1936, in dem bekannten Referat während des 8. Außerordentlichen Allunions-Rätekongresses zur Annahme einer neuen Verfassung, hob Stalin das in seinen Augen hohe kulturelle und wirtschaftliche Niveau

der Wolgadeutschen Republik hervor. So konnte Stalin als Förderer zumindest der Wolgadeutschen angesehen werden. Nach Kriegsausbruch hatte sich die Situation geändert, und ihm war jetzt jedes Mittel recht, die drohende Niederlage abzuwenden. Unter den Bedingungen des totalen Propagandakrieges und der zunehmenden Charakterisierung der „Reichs“deutschen als Unmenschen stellte die Existenz einer anerkannten „sowjet“deutschen Minderheit mit verbrieften Autonomierechten ein Hindernis dar. Für den utilitaristisch denkenden und handelnden Stalin versprach die Rücksicht auf Belange und Gefühle der Russlanddeutschen im Falle des Fortbestehens der Republik und anderer deutscher Siedlungsgebiete einen geringeren „Gewinn“, als die schrankenlose antideutsche Stimmungsmache mit sich bringen konnte. Der Entrechtung dieser Minderheit stand demzufolge nichts im Wege.

### 3. In den Verbannungsorten

Entgegen der landläufigen Meinung verliefen die Ausweisungsmaßnahmen und der Transport Richtung Osten ohne nennenswerte Zwischenfälle und mit relativ wenigen Opfern. Einerseits ist dies aus den Archivdokumenten ersichtlich, zum anderen stützen zahlreiche Erlebnisberichte der Zeitzeugen diesen Befund. Nach Angaben des Innenministeriums verstarben von den in den Jahren 1941 bis 1942 ausgesiedelten Deutschen 1.490 Personen unterwegs.<sup>32</sup> Dabei handelte es sich vornehmlich um ältere Leute, Säuglinge und Kleinkinder, die den Anstrengungen der mehrtägigen Reise in Viehwaggons nicht gewachsen waren. Ungeachtet aller Strapazen und Schwierigkeiten, die größtenteils auch „normale“



*Hilferuf der hungernden Wolgadeutschen, die den Sommer 1942 im Rayon Turuchansk unweit des Polar-meers verbracht hatten.*

*Quelle: Staatsarchiv der Region Krasnojarsk.*

Evakuierte antrafen, schien es eine Zeitlang, dass die Deutschen dasselbe Schicksal wie bei der Aussiedlung einiger Nationalitäten in der Vorkriegszeit erwarten würde.<sup>33</sup> Es gab keinen Partei- oder Komsomolzenausschluss, und die Deputierten des Obersten Sowjets der UdSSR aus der Autonomen Wolgarepublik nahmen ihre Befugnisse zunächst noch wahr, bevor ihnen im März 1944 die Vollmacht „wegen fehlender Verbindung zu den Wählern“ aberkannt wurde.<sup>34</sup> Aus den Berichten und Mitteilungen der Partei- und NKWD-Stellen vor Ort geht hervor, dass die Deutschen in den ersten Wochen nach der Deportation mancherorts als Übersiedler und nicht als vogelfreie Angehörige der „feindlichen“ Nation betrachtet wurden. Angesichts mangelnder

Führungskader wurden einige ehemalige deutsche Funktionäre sogar vorübergehend als Vorsitzende von Kolchosen oder Leiter anderer Einrichtungen eingestellt.<sup>35</sup>

Allerdings verschärfte sich die Lage der Verbannten zusehends, als ihnen die mitgebrachten Vorräte ausgingen und der Staat praktisch keine Unterstützung gewährte. Im Krieg galt die Versorgung mit Lebensmittelmarken nur für die arbeitende Stadtbevölkerung. Auf dem Lande lebte man überwiegend von eigenen Nutzgärten und vom privat gehaltenen Vieh, da die Kolchosen nach den obligatorischen Staatsablieferungen die geleistete Arbeit nicht mehr entlohnen konnten. NKWD-Mitteilungen spiegeln die verzweifelte Lage vor Ort wider. So stellt ein Inspektionsbericht aus

dem Rayon Bajan-Aul, Gebiet Pawlodar in Kasachstan, vom 7. Dezember 1941 fest:

*„Aufgrund fehlender Nahrungsmittel brechen unter diesen umgesiedelten Deutschen [insgesamt 910 Personen, verteilt in den Kolchosen des Rayons] verschiedene Krankheiten aus. In diesen Kolchosen wurden am Tag der Inspektion bis zu 80 kranke Menschen registriert, sowohl Kinder als auch Erwachsene. Es gibt einige Fälle von Anschwellungen wegen Hunger. Außerdem liegen 30 Kinder von Umsiedlern im Krankenhaus von Bajan-Aul. Etwa 20 Menschen sind bereits gestorben, vorwiegend Kinder... Die Übersiedler haben kein Brot und sind gezwungen, bei den Kolchosbauern ihr Bettzeug, ihre Kissen und Decken usw. gegen Lebensmittel einzutauschen. Wenn man in den nächsten 2-3 Tagen nichts unternimmt, werden ganze Familien sterben.“<sup>36</sup>*

Die Deutschen, auch die, die aus Städten stammten, durften nur auf dem Lande untergebracht werden. Für die nationale Intelligenz und Fachleute verschiedener Berufe bedeutete das den Anfang einer verhängnisvollen Entwicklung mit verheerenden Folgen, die mit der Einweisung in Arbeitslager ihren Höhepunkt fand. In letzter Konsequenz liefen all diese Maßnahmen auf die Vernichtung oder Degradierung der politischen und kulturellen Elite der Russlanddeutschen hinaus. Welche beruflichen Perspektiven, welche Zukunft erwarteten die 212 Ärzte, Lehrer, Schauspieler usw. und weitere 452 städtische Angestellte aus der wolgadeutschen Hauptstadt Engels in den sibirischen Kolchosen, konkret im Rayon Kansk der Region Krasnojarsk? Als Stadtbewohner kamen sie fast ohne Lebensmittel und konnten nicht einmal auf eine, wenn auch sehr bescheidene Entschädigung des

in den Heimatorten abgelieferten Viehs oder Getreides hoffen. Wenigen von ihnen gelang es, irgendeine Beschäftigung im Rayonzentrum zu finden, die meisten standen den harten körperlichen Bauerntätigkeiten hilflos gegenüber und litten schon Mitte Dezember 1941 an Hunger.<sup>37</sup>

#### **4. Germanophobe Propaganda und Anfeindungen aus der Bevölkerung**

Mit Ausnahme der nur schwer zugänglichen „Nachrichten des Obersten Sowjets der UdSSR“ blieb der August-Erlass in den sowjetischen Massenmedien, gedruckten Gesetzessammlungen oder der wissenschaftlichen Literatur sowohl während des Krieges als auch danach vollständig unerwähnt. Das Regime konnte eine so offenkundige Blamage, dass ein Volk trotz jahrzehntelanger ideologischer Beeinflussung „komplett“ aus Sowjetfeinden bestehen haben sollte, nicht zugeben. Auch abstruse Behauptungen über „Zehntausende von Spionen und Diversanten“ unter den Wolgadeutschen wirkten nicht besonders glaubwürdig. Zahlreiche Partei- und Sowjetfunktionäre in den zentralen Behörden und in den Aufnahmeorten bekamen jedoch auf dem Dienstweg Bescheid über den „wahren Grund“ der Auflösung der ASSRdWD.

Durch Mundpropaganda erfuhr die breite Schicht der sowjetischen Bevölkerung von der „politischen“ Gefährlichkeit ihrer neuen Nachbarn. Es kam öfters zu grotesk anmutenden Situationen: Bei der Ankunft der Deportierten in sibirischen oder kasachischen Dörfern rissen ihnen Ortsansässige die Kopfbedeckungen ab, um herauszufinden, ob sie unter den Mützen Hörner verbargen oder nicht. Dies war das Ergeb-

nis der entmenslichten und karikierten Darstellung der Deutschen in den Zeitungen, auf Plakaten oder in Machwerken wie dem Propagandafilm „Alexander Newski“. Man schreckte nicht vor fast rassistisch anmutenden Verallgemeinerungen zurück und unterstellte allen Deutschen, dass sie von Kindesbeinen an sadistisch, kulturlos, trunksüchtig und gewalttätig seien.

Die Aufrufe des ZK der WKP(b) zum 24. Jahrestag der Oktoberrevolution wiesen noch einen Rest der verbliebenen internationalen Solidaritätssparolen auf: „Ein Gruß dem deutschen (*germanskomu*) Volk, das unter dem Joch der hitlerschen Schwarzhundert-Bande stöhnt - wir wünschen ihm den Sieg über den blutrünstigen Hitler!“<sup>38</sup> Die sich ständig verschlechternde Lage an der Front ließ jedoch die letzten ideologischen Scheuklappen fallen. Am deutlichsten vollzog sich dieser Wandel im Befehl des Leiters der Hauptverwaltung für politische Propaganda der Roten Armee, L. Mechlis, vom 10. Dezember 1941:

*„Alle militärischen Zeitungen, ‚Krasnaja zwezda‘ inklusive, drucken neben dem Zeitungskopf den Slogan ‚Proletarier aller Länder, vereinigt euch!‘. In Anbetracht des Krieges mit dem deutsch-hitlerischen (nemecko-gitlerowskij) Imperialismus und angesichts der Aufgabe der Vernichtung aller deutschen (nemeckij) Besatzer desorientiert dieser Slogan einige Militärdienstleistende. Ich befehle: 1. Der Slogan ‚Proletarier aller Länder, vereinigt euch!‘ ist von allen Militärzeitungen zu entfernen... 2. Kein einziges Druckerzeugnis (Bücher, Broschüren, Zeitschriften, Flugblätter), das für unser Heer von den Politabteilungen und den Hauptquartieren herausgegeben wird, darf in Zukunft den Slogan ‚Proletarier aller Länder, vereinigt euch!‘ haben. Alle*

*Druckerzeugnisse müssen den Slogan ‚Tod den deutschen (nemeckim) Besatzern!‘ tragen. 3. Den Slogan ‚Proletarier aller Länder, vereinigt euch!‘ erlaube ich in der für die feindlichen Truppen vorgesehenen Literatur zu gebrauchen, wenn es deren Inhalt entspricht...“*<sup>39</sup>

Molotows diplomatische Noten vom 25. November 1941 „Über die empörenden Bestialitäten der deutschen Behörden, die an sowjetischen Kriegsgefangenen verübt werden“ und vom 6. Januar 1942 „Über die allgemeinen Plünderungen, die Ausraubung der Bevölkerung und die ungeheuerlichen Bestialitäten der deutschen Behörden in den von ihnen besetzten Sowjetgebieten“ heizten die Pogromstimmung im Lande an. Ähnlich wie im Ersten Weltkrieg fanden sich zahlreiche systemkonforme Intellektuelle und Kulturschaffende, die sich freiwillig in den Dienst der großrussisch-patriotischen, d.h. in erster Linie stark germanophoben Mobilisierung stellten. Die Hauptaufgabe der sowjetischen Massenmedien sei die Erzeugung des Hasses gegen den eingedrungenen Feind, so verkündete der bekennende Hofdichter Alexej Tolstoi in einem „Prawda“-Artikel schon am 28. Juli 1941 programmatisch. Neben ihm taten sich in dieser Hinsicht eine ganze Reihe von begabten Literaten wie Leonid Leonow, Michail Scholochow, Konstantin Simonow u.a. hervor. Gedichte wie Simonows „Töte ihn“ oder Surkows „Ich hasse“ dienten der Anhebung des Kampfgeistes der Truppe und des Durchhaltewillens der Bevölkerung.<sup>40</sup>

Simonow verspürte später vermutlich einige Gewissensbisse und fügte in seinem weltbekannten Roman „Lebendige und Tote“ einen wolgadeutschen Kundschafter namens Hofmann ein, einen sehr tapferen

und zuverlässigen Soldaten, der an der Stalingrader Front im Einsatz war. Über ihn spricht ein sowjetischer General im Roman: „Geben sie mir siebentausend solcher Deutschen, wie er einer ist, dann formiere ich aus ihnen eine Division und ziehe an ihrer Spitze zum Kampf gegen die Faschisten. Und ich glaube, dass ich es nicht bereuen würde.“ In einem Brief aus dem Jahr 1964 an den russlanddeutschen Aktivistin Kaiser unterstrich der Schriftsteller, dass „ihm die Wichtigkeit des Problems um Hofmann“ sehr bewusst sei und er es nur deshalb in seinem Roman angesprochen habe.<sup>41</sup>

Der stalinsche Propagandaauftrag lief in letzter Konsequenz auf den Aufruf „Töte den Deutschen“ und nicht etwa „Töte den Feind“ oder „Töte den Faschisten“ hinaus. Es ist eigentlich zweitrangig, wer diesen extrem hasserfüllten Appell am wirkungsvollsten verlautbart hatte. Wie tief



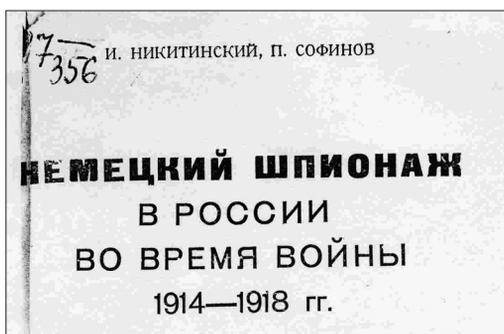
*Typisches antideutsches Plakat aus dem Jahr 1942 („Papa, töte den Deutschen“) der Malerin Marija Nesterova.*

*Quelle: Internet-Plattform der sowjetischen Kriegsplakate: <http://www.davno.ru/posters/1942/poster-1942e.html>*

der moralische Fall einiger sowjetischer Kulturschaffender war, lässt sich aus Aussagen wie der folgenden ableiten: „Der Krieg hat in uns nicht nur den Hass gegen die Deutschen gezüchtet, sondern auch die Verachtung für sie... – das sind keine Menschen, sondern Fritze.“ Aus visueller Sicht sei hierzu besonders das Plakat der Malerin Maria Nesterowa „Papa, töte den Deutschen“ erwähnt, das in Hunderttausenden Exemplaren im ganzen Land ausgehängt wurde.

Das Feindbild des „inländischen“ Deutschen wurde bald „wissenschaftlich“ untermauert. Die Zentrale Archivverwaltung des NKWD gab 1942 eine Quellensammlung über deutsche Spionage im zaristischen Russland heraus. Die Dokumentation sollte belegen, dass russische Bürger deutscher Herkunft, d.h. Bauern, Fachleute aller Art, Unternehmer, hochrangige Beamte und Offiziere, en masse Agententätigkeit zugunsten Deutschlands betrieben. Solche Behauptungen tauchten auch mehrere Male im ausführlichen Vorwort auf, das bald als Einzelausgabe erschien.<sup>42</sup> Diese Dokumentation diene, ohne kritische Überprüfung versteht sich, als Grundlage für die Abfassung weiterer Schriften über deutsche Spionage in Russland im Ersten Weltkrieg und im laufenden Krieg; ihre Auflagen betrug mehrere hunderttausend Exemplare.<sup>43</sup>

Der bekannte Schriftsteller Pawel Bashow veröffentlichte ab August 1941 vorerst in mehreren Zeitungen seine mit bösartigen Karikaturen versehenen „Überlieferungen über Deutsche“ (*skazy o nemcach*), die dann später als Broschüren und Bücher in Massenaufgaben erschienen. Dabei bediente er sich der primitivsten Klischees und gängiger Stereotype, um die haushohe geistige und sittliche Überlegenheit der russischen Meister und Arbeiter gegenüber den deut-



*Titelblatt der Propagandaschrift „Die deutsche Spionage in Russland während des Krieges 1914-1918“, die im Laufe des Zweiten Weltkrieges mehrere Auflagen mit Hunderttausenden Exemplaren erlebte*

schen Administratoren, Bergbaumeistern und Fachleuten zu unterstreichen, die seit Anfang des 18. Jahrhunderts in nennenswerter Zahl in der Eisenhüttenindustrie des Urals tätig waren.<sup>44</sup>

Unzählige Beiträge auf Flugblättern und in Zeitungen, Büchern und Zeitschriften, in Radiosendungen und Filmen, die in erster Linie heftig gegen Deutsche (und nicht etwa gegen den Feind oder Faschisten) Stimmung machten, vergifteten das Verhältnis der andersnationalen Bevölkerung zu den Russlanddeutschen merklich, zumal die sowjetischen Behörden zwischen ihnen und der Angreifernation keinen Unterschied mehr machen wollten. Nach und nach fanden diese Botschaften ihren Widerhall in breiten Schichten des „einfachen“ Volkes „Die Kolchosbauern denken so, dass die Deutschen hierher nur als Arbeitskräfte angesiedelt sind und glauben, dass sie sich ihnen vollständig unterwerfen sollen. Aufgrund dieser Vorstellung kommt es öfters zu verschiedenen Komplikationen, bisweilen zu Schlägereien“, berichtete ein NKWD-Mann aus dem Gebiet Kzyl-Orda, Kasachstan.<sup>45</sup>

Nicht nur unter den Bauern, sondern in nicht minderem Maße unter den hochge-

bildeten Intellektuellen grassierten Deutschenfeindlichkeit und Xenophobie. Was man unter „Antifaschismus“ verstand, verdeutlicht die Antwort eines bedeutenden Künstlers und Akademiemitgliedes, Igor Grabar, auf einen Hilferuf seines wolgadeutschen Kollegen, des Malers Jakob Weber. Dieser hatte ihn aus der kasachischen Verbannung gebeten, seine in Engels und anderen Orten zurückgelassenen Bilder vor Diebstahl und Vernichtung zu retten. Grabar antwortete mit einer Postkarte vom 18. Juni 1944:

*„... Sie sind außerhalb jeglicher Realität in der Frage ihrer heutigen Lage, die mit dem Krieg verbunden ist. Wir führen einen grausamen Krieg mit den Deutschen-Faschisten, die in unser Land eingedrungen sind, die die friedliche Bevölkerung erschlagen und ausrauben. Und Sie möchten, dass wir Russen Ihnen, einem Deutschen, bierselig helfen würden. Sie leiden vom Krieg, den Ihre Landsleute vom Zaun gebrochen haben. Ich kann Ihnen nur raten, dass Sie die schnellstmögliche Zerschlagung des Hitlerismus‘ wünschen. Danach werden wir schon klären, wer Faschist und wer Antifaschist ist. Gerade heute trete ich auf einer antifaschistischen Kundgebung auf.“<sup>46</sup>*

Beschimpfungen und Beleidigungen bis zu Übergriffen wegen der nationalen Zugehörigkeit waren an der Tagesordnung. Berichte der Geheimpolizisten in den Ansiedlungsgebieten strotzten von unzähligen Beispielen dieser Art: „Der Vorsitzende des Rayonvollzugskomitees sagt uns [den Deutschen]: Ernährt euch, wovon ihr könnt, ihr seid keine sowjetischen Menschen“; „alle Deutschen mögen vor Hunger verrecken, ich werde ihnen kein Brot geben“; „deutsche Kinder in der Schule werden von den russischen Schülern als ‚Faschisten‘ terro-

riert“; „der Direktor des Salzwerkes verhält sich ihnen [den Deutschen] gegenüber grob, nennt sie Parasiten und beschimpft sie unflätig“ und Ähnliches mehr.<sup>47</sup> Obwohl derartige Handlungen eindeutig gegen die gültigen Bestimmungen des Grundgesetzes (Artikel 123 der „stalinschen“ Verfassung<sup>48</sup>) verstießen und strafrechtliche Tatbestände aufwiesen, wurde in den Unterlagen kein einziger Fall vermerkt, dass aufgrund dieser Informationen irgendeine Person zur Rechenschaft gezogen wurde. Bezeichnend ist, wie offizielle Stellen auf chauvinistische Ausfälle gegenüber anderen Nationalitäten reagierten. In den Jahren 1942-43 befanden sich Zehntausende Kolchosbauern aus Mittelasien im Einsatz auf zahlreichen Baustellen und in Industrierwerken in Sibirien und im Ural. Die Tätlichkeiten einiger Stammarbeiter in Rüstungsbetrieben der Stadt Nowosibirsk gegen usbekische Hilfsarbeiter qualifizierte die Staatsanwaltschaft als „Ausdruck des großrussischen Chauvinismus“ und strengte die strafrechtliche Verurteilung der Prügelhelden an. Vor Gericht musste sich auch der stellvertretende Direktor, ein gewisser Kiselew, verantworten, der den demobilisierten Usbeken für die zehntägige Heimreise nur für drei Tage Brot ausgehändigt hatte.

Ferner unterzog der Staatsanwalt Rumjancew die insgesamt miserablen Lebens- und Unterbringungsbedingungen der in mehreren Betrieben dieser sibirischen Metropole eingesetzten Kasachen, Usbeken und Tadschiken scharfer Kritik.<sup>49</sup> Die Untersuchung der Beschwerde an die Adresse des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der Turkmenischen SSR führte zu einer Verbesserung der Lage der beschäftigten Orientarbeiter und zur Bestrafung von russischen Amtspersonen, die

sich Beschimpfungen wie „türkische Schafe“ oder Prügeleien leisteten.<sup>50</sup>

Bei allem gebotenen Zweifel an dem aufrechten Willen der Partei- und Sowjetführung, das Propagieren des Rassen- bzw. Nationalitätenhasses oder Diskriminierungen aus nationalen Gründen entschieden zu bekämpfen, darf nicht übersehen werden, dass der Staat mit drastischen Maßnahmen reagieren konnte, sofern seine Machtposition in irgendwelcher Weise in Frage gestellt wurde. Berechtigte Anliegen der Betroffenen hatten bei der Obrigkeit allerdings nur dann eine Chance, gehört zu werden, wenn hinter ihnen eine offiziell anerkannte sowjetische Institution stand, seien es eine eigene Unions- oder autonome Republik, zugelassene Verbände, Organisationen bzw. Komitees verschiedener Art oder Missionen ausländischer Staaten (für Polen, Tschechen u.a.).

Die unheilvolle ideologische Entwicklung der Nachkriegszeit mit ihrem großrussischen Chauvinismus und ihren antiwestlichen Parolen ist kaum denkbar ohne die Vorarbeiten und die Klischees, die 1941-1945 entwickelt und „erprobt“ wurden. Sogar die entsprechenden Karikaturen waren zum Verwechseln ähnlich. Es ist schon eine bittere Ironie der Geschichte, dass einige Protagonisten der antideutschen patriotischen Mobilisierung im Nachhinein aggressive Diffamierungen als „wurzellose Kosmopoliten“ und „Kriecher vor dem Westen“ erleben sollten.

#### **Anmerkungen:**

**1** Zuletzt in: Dokumenty vnešnej politiki. 1940-1941. T. XXIII: V 2-ch kn. – Kn. 2 (2). 2 marta 1940-22 ijunja 1941. Moskva 1998, S. 764-765. Deutsche Fassung in: Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion. „Unternehmen Barbarossa“ 1941. Neuausgabe 1984. Hrsg. von Gerd R.

Ueberschläger und Wolfram Wette. Frankfurt/M. 1991, S. 271.

**2** Zitiert nach: Stalin I.: O velikoj Otečestvennoj vojne. Moskva 2002, S. 15. Auf Deutsch: Josef Stalin: Über den großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion. 3. Ausgabe. Moskau 1946, S. 13. Hier sei auf die unterschiedliche Bedeutung der Wörter „*nemeckij*“ und „*germanskij*“ in der russischen Sprache hingewiesen. „*Nemeckij*“ unterstreicht in erster Linie ethnische Merkmale, „zum deutschen Volk gehörend“. „*Germanskij*“, neben der Bezeichnung der alten germanischen Stämme, diente v.a. in Bezug auf den Staat und staatliche Merkmale und ist somit eher politischer Natur.

**3** „Povernite Vaše oružie...“ (Ispol'zovanie povolžskich nemcev v kontrpropagande na naselenie i vooružennye sily Germanii letom 1941 g.). In: Voenno-istoričeskie issledovanija v Povolž'e. Vyp. 2. Saratov 1997, S. 274-294, hier S. 276-279.

**4** „Povernite oružie protiv bandy gitlerovskich ubijec! Golos krest'jan Res-publiki nemcev Povolž'ja“. In: „Pravda“, Nr. 194 vom 15.07.1941; dasselbe in: „Krasnaja zvezda“, Nr. 164 vom 15.07.41; „Sil'nej bejte prokljatyč izvergov: pis'mo Konrada Geringera iz kantona Kukkus, Respublika nemcev Povolž'ja“. In: „Krasnaja zvezda“, Nr. 202 vom 28.08.41 u.a.

**5** „Wir nehmen an ihnen Rache für dich, Genosse!“ - In: Nachrichten (Engels), Nr. 203 vom 29. August 1941; David Wagner: Das Komsomolmitgliedsbuch Nr. 12535944, in: Bis zum letzten Atemzug. Band II. Alma-Ata 1972, S. 171-181.

**6** Weiterführende Literatur zu Unterdrückung und Repressalien gegen Schwarzmeerdeutsche in der Zwischenkriegszeit: Nimci v Ukraїni. 20-30-ti rr. XX st. Zbirnyk dokumentiv deržavnych archiviv Ukraїnja. Kyiv 1994; Čencov, V., Romanec, N.: Tragische Schicksale: Ein Kapitel aus der Geschichte der Repressionen gegen die deutsche Bevölkerung der Ukraine. In: Forschungen zur Geschichte und Kultur der Russlanddeutschen, 7. Essen 1997, S. 43-52; Čencov, V.: Tragičeskie sud'by. Političeskie repressii protiv nemeckogo naselenija Ukrainy v 1920-e – 1930-e gody. Moskva 1998.

**7** Pleve, I.: Proverka na lojal'nost': Dejatel'nost' organov NKVD ASSR NP v avguste 1940 – avguste 1941 gg. In: Konferenz-2000, S. 50-56; Fast, A.: V setjach OGPU-NKVD (Nemeckij rajon Altajskogo kraja v 1927-1938 gg.). Barnaul 2002, hier v.a. S. 123-142, 195-229; Džafarli, M.: Političeskij terror i sud'by

azerbajdžanskich nemcev. Baku 1998, v.a. S. 87-100.

**8** Tischler, C: Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil 1933 bis 1945. Münster 1996; „Vernite mne svobodu!“. Dejatel'nost' literatury i iskusstva Rossii i Germanii – žertvy stalinskogo terrora. Moskva 1997; Erler, P.: Zwischen stalinistischem Terror und Repression. Staatlicher Zwang und parteipolitische Strafmaßnahmen gegen deutsche Politemigranten in der UdSSR nach dem 22. Juni 1941. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 1996. Berlin 1995, S. 149-161.

**9** Stalinskie deportacii. 1928-1953. Dokumenty. Sost.: N. L. Pabol', P. M. Poljan. Moskva 2005, S. 348.

**10** Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Social'no-Političeskoj Istorii (RGASPI), f. 17, op.125, d.52, l. 30.

**11** Senjavskaja, E.: Psihologija vojny v XX veke. Istoričeskij opyt Rossii. Moskva 1999, S. 263-279.

**12** Nach den schweren Niederlagen während des Ersten Weltkrieges wurden seit Mitte Juni 1915 Zehntausende russischer Bürger deutscher und jüdischer Herkunft auf Anregung der Militärverwaltung aus dem Baltikum, Polen, Wolhynien und der Ukraine der Kollaboration mit den anrückenden deutschen und österreich-ungarischen Truppen beschuldigt und in die inneren Gouvernements zwangsausgesiedelt. Vgl.: Fleischhauer, I: Die Deutschen im Zarenreich. Zwei Jahrhunderte deutsch-russische Kulturgemeinschaft. Stuttgart 1986, S. 507-509; Nelipovič, S.: „Nemeckuju pakost' uvolit' i bez nežnostej...“ Deportacii v Rossii 1914-1918 gg. In: Voenno-istoričeskij žurnal 1/1997, S. 42-53; Lohr, E: Nationalizing the Russian Empire. The Campaign Against Enemy Aliens During World War I. Cambridge 2003, S. 9-30; 121-165.

**13** Neuere Archivfunde erhellen zunehmend Umstände und Verlauf dieser Zwangsumsiedlung sowie entsprechende Anweisungen der Militär- und Zivilbehörden: Gol'denberg, M.: Archivnyj dokument po deportacii krymskich nemcev. In: Istoričeskoe nasledie Kryma 15/2006, S. 168-171; Broševan, V.; Tygljanz, P.: Izgnanie i vozvraščenie. Simferopol' 1994, S. 24-25; Deportacija narodov SSSR (1930-1950-e gody). Čast' 1: Dokumental'nye istočniki. Moskva 1992, S. 157.

**14** Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee: Deutsche in der Sowjetunion 1941 bis 1956. Hrsg. von Alfred Eisfeld und Victor Herdt. Köln

1996, S. 45. Bis heute gibt es keine Belege dafür, dass derartige Aktionen irgendwo tatsächlich stattfanden.

**15** Musaev, V.: *Političeskaja istorija Ingermanlandii v konce XIX-XX veke*. Kišinev, St.-Peterburg 2001, S. 256-257.

**16** *Organy gosudarstvennoj bezopasnosti SSSR v Velikoj Otečestvennoj vojne*. Tom 2. Kniga 1. 22 ijunja – 31 avgusta 1941. Sbornik dokumentov. Moskva 2000, S. 521. Heute sind Dutzende Meldungen und Befehle von Lavrentij Berija veröffentlicht, in denen er Stalin die Verbannung, Verhaftung oder Einweisung der Russlanddeutschen in Arbeitslager vorschlug und nach Erhalt seiner Zustimmung diese Aktionen auch durchführte. Deshalb hören sich heutige Beteuerungen seines Sohnes, wonach der Vater ein „entschiedener Gegner“ der Deportation war, der „leider, wie oft, nicht das letzte Wort hatte“, vollkommen infam an. In: Sergo Berija: *Moj otec – Lavrentij Berija*. Moskva 1994, S. 20.

**17** *Organy gosudarstvennoj* (Anm. 16), S. 522-525.

**18** *Deportacii narodov SSSR (1930-e – 1950-e gody)*. Č. 2. *Deportacija nemcev (sentjabr' 1941 - fevral' 1942 gg.)*. Moskva 1995, S. 70-74. In zeitgenössischen Dokumenten ist anstelle von „Deportation“ verschleiern nur von einer „Umsiedlung“ die Rede.

**19** Ebenda, S.74-79. Deutsche Übersetzung in: *Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee* (Anm. 14), S. 50-53.

**20** *Vedomosti Verchovnogo Soveta SSSR 1941*, Nr. 38; in den Republikzeitungen „Bol'shevik“ und „Nachrichten“, Nr. 204 vom 30.08.1941, und einen Tag später in kantonalen Blättern.

**21** *Vedomosti Verchovnogo Soveta SSSR 1941*, Nr. 40; German, A.: *Deportacija nemeckogo naselenija iz Saratova, Saratovskoj i Stalingradskoj oblastej*. In: *Konferenz-1997*, S. 277-283, hier S. 278-279. Im Gegensatz zum August-Ukas wurde dieser Erlass in mehreren Gesetzessammlungen nachgedruckt. In: *Sbornik zakonov SSSR i ukazov Prezidiuma Verchovnogo Soveta SSSR. 1938-1944*. Moskva 1945, S. 80-81; *Sbornik zakonov SSSR. 1938-1967*. Tom 1. Moskva 1968, S. 164.

**22** German, A.: *Nemeckaja avtonomija na Volge. 1918-1941. Čast' II. Avtonomnaja Respublika 1924-1941*. Saratov 1994, S. 301-303.

**23** Die Bildung des Staatlichen Komitees für Verteidigung (Gosudarstvennyj Komitet Oborony - GKO) erfolgte am 30. Juni 1941. Für die Dauer des Krieges wurden ihm volle Machbefugnisse im Staat übertragen. Die üblichen Staatsorgane wie

der Parteiapparat, der Rat der Volkskommissare oder der Oberste Sowjet der UdSSR bzw. sein Präsidium spielten daher bei den Entscheidungen nur eine untergeordnete Rolle. Mehr als zwei Drittel von insgesamt 9.971 Beschlüssen des GKO während seines Bestehens (bis 3. September 1945) standen im konkreten Bezug zu den kriegs- und volkswirtschaftlichen Aufgaben. Siehe: Pečenkin, A.: *Gosudarstvennyj Komitet Oborony v 1941 godu*. In: *Otečestvennaja istorija 1994*, 4, S. 126-142.

**24** Zusammengefasst nach: *Deportacii narodov SSSR* (Anm. 18), S. 63-68, 171-172. Die Zahl der Betroffenen in der Region Ordshonikidze enthält etwa 50.000 Krimdeutsche, die hier seit August 1941 vorläufig untergebracht wurden. Die Angabe „Kasachische SSR“ bedeutet, dass die Ansiedlung dieser Deportierten in mehreren Gebieten der Republik stattfand.

**25** Bruhl, V.: *Die Deutschen in Sibirien*. Band 2. Nürnberg 2003, S. 30.

**26** Ausführliche Schilderung des zeitlichen Ablaufs der Zwangsaussiedlungen aus verschiedenen Regionen mit genauen Zahlen der davon betroffenen Personen sind im Beitrag „Deportationen“ von Alfred Eisfeld und Viktor Bruhl in der Enzyklopädie der Deutschen in Russland angegeben: *Nemcy Rossii: ěnciklopedija*. T. 1. A-I. Redkol.: V. Karev (pred. redkol.) i dr. Moskva 1999, S. 696-703.

**27** Bruhl, V.: *Die Deutschen in Sibirien* (Anm. 25), S. 70-78.

**28** Kozybaev, M.: *Kazachstan na rubeže vekov: razmyšlenija i poiski*. Kniga 2. *Socializm: nesbyvšiesja nadeždy*. Almaty 2000, S. 329.

**29** Verordnung des Rates der Volkskommissare der UdSSR Nr. 57 k vom 30. Oktober 1941 „Über die Aussiedlung der Personen deutscher Nationalität aus den Industriezonen aufs Land“, in: *Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii (GARF)*, f. 5446, op. 56, d. 42, l. 38.

**30** Verordnung des Rates der Volkskommissare der UdSSR Nr. 180 ks vom 14. November 1941 „Über die Umsiedlung von Personen deutscher Nationalität aus den Grenzregionen in die inneren Rayons des Gebiets Čita“. In: *GARF*, f. 5446, op. 56, d. 42, l. 156.

**31** Verordnung des Rates der Volkskommissare der UdSSR Nr. 196 rs vom 6. Januar 1942 „Über die Umsiedlung der Personen deutscher Nationalität in der Usbekischen SSR“, in: *GARF*, f. 5446, op. 56, d. 48, l. 202.

**32** *GARF*, f. 9479, op. 1, d. 372, l. 266-271. Die Aussiedlung verlief unter harten Kriegsbedingun-

gen, aber nicht brutal. Auf jeden Fall kann von Zehntausenden Opfern allein auf dem Transportweg keine Rede sein, entgegen Gerd Stricker (Hrsg.): *Russland. Deutsche Geschichte im Osten Europas*. Berlin 1997, S. 222.

**33** Bei der Zwangsübersiedlung z.B. aus dem Fernen Osten 1937 durften die Koreaner ihren Hausrat und eine begrenzte Zahl landwirtschaftlicher Geräte mitnehmen. Das koreanische Theater, die Pädagogische Hochschule und die nationale Zeitung konnten in der kasachischen Stadt Kzyl-Orda ihre Tätigkeit sofort wieder aufnehmen. Gründungen von selbständigen Kolchosen, Bewegungsfreiheit auf dem Gebiet Kasachstans bzw. Usbekistans, Möglichkeiten eines Studiums etc. lassen diese Aussiedlung gegenüber dem, was Deutsche und andere verbannte Völker in den 40er Jahren erleben mussten, in relativ mildem Lichte erscheinen. Während des Krieges blieben die als unzuverlässig eingestuft Koreaner von der Einberufung in die aktive Armee verschont; nur ein Teil der Männer geriet durch Mobilisierungen in die Arbeitslager. Dazu u.a.: Kann, G.: *Istorija korejcev Kazachstana*. Almaty 1995, S. 96-171; Bugaj, N.: *Social'naja naturalizacija i etničeskaja mobilizacija (opyt korejcev Rossii)*. Moskva 1998, S. 95-182.

**34** Postanovlenie Prezidiuma Verchovnogo Soveta SSSR „O polnomočijach deputatov, izbrannyh v Verchovnyj Sovet SSSR ot likvidirovannyh ASSR Nemecev Povolž'ja, Kalmyckoj ASSR i Karačevskoj avtonomnoj oblasti“. Moskva, 27. marta 1944 g. In: GARF, f. 7523, op. 4, d. 208, l. 187-188.

**35** Nach der Ankunft in der Region Krasnojarsk wurden die ehemaligen Volkskommissare der ASSRdWD, Friedrich Fritzler (Ackerbau) und Johannes Maier (Finanzwesen), sowie Jakob Weilert, 2. Stellvertreter des Vorsitzenden des SNK der Republik, laut einem Beschluss des Šarypover Rayonpartekomitees am 25. September 1941 zu Vorsitzenden der örtlichen sibirischen Kolchosen ernannt. Diesen Posten behielten sie bis zu ihrer Rekrutierung in die Arbeitsarmee im März 1942. In: *Gosudarstvennyj Archiv Administrativnyh Organov Sverdlovskoj Oblasti*, f. 1, op. 2, d. 28234, tom 3, l. 156 (Strafsache A. Heckmann u.a.).

**36** GARF, f. 9479, op. 1, d. 86, l. 284.

**37** GARF, f. 9479, op. 1, d. 85, l. 230.

**38** „Pravda“, Nr. 302 vom 31. Oktober 1941.

**39** Russkij archiv: Velikaja Otečestvennaja. Tom 17-6. Glavnye političeskie organy Vooružennych sil SSSR v Velikoj Otečestvennoj

Vojne 1941-1945 gg. Dokumenty i materialy. Moskva 1996, S. 91.

**40** Gorjaeva, T.: „Wenn morgen Krieg ist...“ Zum Feindbild in der sowjetischen Propaganda 1941-1945. In: *Verführungen der Gewalt. Russen und Deutsche im Ersten und Zweiten Weltkrieg*. Hrsg. von Karl Eimermacher, Astrid Volpert unter Mitarbeit v. Gennadij Bordjugov. West-östliche Spiegelungen - Neue Folge. Bd. 1. München 2005, S. 427-468.

**41** Simonov, K.: *Pis'ma o vojne (1943-1979)*. Moskau 1990, S. 224-225; Wagner, D.: Nicht nur Romanheld, in: *Bis zum letzten Atemzug*. Band II. Alma-Ata 1972, S. 181-186.

**42** *Nemeckij špionaž v carskoj Rossii*. Sbornik dokumentov. Moskva 1942.

**43** So z.B.: Nikitinskij, I.; Sofinov, P.: *Nemeckij špionaž v carskoj Rossii*. Saratov 1942; Nikitinskij, I.: *Gitlerovskij špionaž*. Moskva 1943.

**44** Bažov, P.: *Skazy o nemečach*. Sverdlovsk 1943; *ibid.*, Čeljabinsk 1944; *ibid.*, Moskva 1945. Ein Großteil dieser deutschfeindlichen Erzählungen hat bis heute mehrere Auflagen erlebt. Erst in letzter Zeit beginnen russische Wissenschaftler, sich kritisch mit diesem Kapitel im Schaffen des Schriftstellers auseinander zu setzen. Vgl.: Ljapin, V.: *Nemeckie oružejniki na Urals*. In: *Deutsche auf dem Ural und in Sibirien (XVI-XX. Jh.)*. Nemycy na Urals i v Sibiri (XVI-XX vv.). Ekaterinburg 2001, S. 138-142, v.a. S. 140-141.

**45** GARF, f. 9479, op. 1, d. 86, l. 275.

**46** Chorošilova, V.: *Talant ol Volgi*. Chudožnik Jakov Veber [Jakob Weber]. K 135-letiju so dnja roždenija. Nižnij Novgorod 2005, S. 166.

**47** Krieger, V.: *Personen minderen Rechts: Russlanddeutsche in den Jahren 1941-46*. In: *Heimatbuch der Deutschen aus Russland 2004*. Stuttgart 2003, S. 93-107, hier S. 100-101.

**48** Maurach, R.: *Handbuch der Sowjetverfassung*. München 1955, S. 345-354.

**49** Mitteilung des Staatsanwalts des Gebiets Novosibirsk, Rumjancev, an den Vertreter des ZK der VKP (B), Čubarev, betr. „Fakten des gefühllosen Umgangs mit den mobilisierten kasachischen, usbekischen und tadschikischen Arbeitern, die in den Betrieben des Gebiets Novosibirsk beschäftigt sind“ vom 1. Juli 1943. In: *RGASPI*, f. 17, op. 88, d. 256, l. 14-117.

**50** Untersuchungsbericht des Stellvertreters des Militärstaatsanwalts des Tscheljabinsker Abschnitts der Süduraler Eisenbahn über die Lage der Arbeiter aus dem mittelasiatischen Wehrkreis, 24. Juli 1943. In: *OGAČO*, f. P-288, op. 8, d. 261, l. 22-28.